

Ausreichender Lohn für alle und Abbau der Arbeitslosigkeit.

Eine Stellungnahme der Fachstelle Heimat, Arbeit, Wirtschaft.

„Wer hart arbeitet, muss von seinem Lohn auch anständig leben können.“
Bundesaußenminister F. W. Steinmeier

„Forderungen nach Mindestlöhnen sind völlig falsch. Sie steigern erst Kosten, dann die Arbeitslosigkeit.“

U. Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung, Halle/S.

1. Vorbemerkung

Nach wie vor sind zu viele Menschen in Lippe arbeitslos oder erhalten einen Lohn, der ein auskömmliches Leben nicht ermöglicht. Für alle, die Zahlen interessieren: Ende Oktober 2007 waren im Kreisgebiet 14.565 Menschen offiziell als arbeitslos registriert und davon ca. 40% länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Die Fachstelle hat sich schon mehrfach mit dem Thema Arbeitslosigkeit beschäftigt. Sie musste dabei stets erkennen, dass die Möglichkeiten, in Lippe durch besondere Maßnahmen die beschriebene Situation zu verbessern, begrenzt sind. Die inzwischen üblichen Umschulungs-, Weiterbildungsmaßnahmen oder ABM-Initiativen und „ein Euro Jobs“, werden überall in der Bundesrepublik angeboten und natürlich auch in Lippe eingesetzt. Neueste sehr sorgfältige Untersuchungen zeigen leider zudem, dass die angesprochenen Maßnahmen keine nachhaltigen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt gezeigt haben. Darüber hinaus hat sich allerdings noch kein Instrumentarium gefunden, das speziell hier in Lippe dazu geeignet wäre, die Arbeitslosigkeit massiv abzubauen und auskömmliche Einkommen der Beschäftigten sicher zu stellen.

Mittelbar kann allerdings auf den Arbeitsmarkt auch in der Region durch lippische Instanzen ein gewisser Einfluss genommen werden. Die Bereitstellung von Gewerbeflächen, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, eine gut ausgebaute Infrastruktur, weitreichende Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind von großer Bedeutung. Deren positive Wirkung wird durch ein attraktives Umfeld zum Wohnen und reiches Kulturangebot sicherlich verstärkt. Damit allein sind aber – wie die Zeit gelehrt hat – die eingangs beschriebenen Missstände nicht zu beheben.

Der seit 1 1/2 Jahren zu bemerkende konjunkturelle Aufschwung belegt erneut, dass nur die ganze Volkswirtschaft berührende Prozesse eine Chance haben, nachhaltige positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt zu entfalten. Und gleichzeitig gilt es nicht zu vergessen, dass die verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt in starkem Maße der guten Konjunktur zuzuschreiben ist. Das heißt aber nichts anderes, als dass die alten, bislang nicht gelösten Probleme auf dem Arbeitsmarkt wieder auftauchen, sobald die erfreuliche Entwicklung der Wirtschaft endet.

Die Fachstelle will durch diesen Artikel ökonomisches Wissen vermitteln und Handlungsoptionen aufzeigen. Es geht darum, Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu wecken, damit notwendige Maßnahmen als solche erkannt werden und sinnvolle Handlungslinien nicht aus Unwissenheit verworfen und bekämpft werden.

Die vorliegende Arbeit wird sich zunächst mit dem Verhältnis der Ökonomen zur Gesellschaftspolitik beschäftigen. Danach ist über Produktionsfaktoren, Märkte und effiziente Marktergebnisse zu berichten. Einen besonderen Abschnitt stellt die Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt dar. Zunächst sind dabei die Grundzüge der Lohnbildung und Beschäftigung am Modell zu zeigen. Anschließend wird der Markt ohne staatliche Eingriffe und danach mit staatlichen Interventionen behandelt. Lösungsansätze werden zum Schluss vorgestellt.

2. Ökonomen und Gesellschaftspolitik

Die Fachstelle ist sich bewusst, dass sich Ökonomie und Ökonomen heute nicht immer eines guten Rufes erfreuen. Gerade von liberalen oder gar „neoliberalen Ökonomen“ wird heute eher abwertend gesprochen. Solchen Kritikern ist aber wahrscheinlich gar nicht klar, dass das System der letztlich doch sehr erfolgreichen „sozialen Marktwirtschaft“ in hohem Maße auf den Ideen der gescholtenen „neoliberalen Ökonomen“ beruht.

Die meisten Menschen werden damit einverstanden sein, dass die „gesellschaftliche Wohlfahrt“ maximiert werden sollte. Dieser Begriff enthält eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Zielen wie zum Beispiel ein hohes Maß an Freiheit, Gerechtigkeit, wirtschaftlichem Wohlstand, Sicherheit, Frieden und viele weitere Größen. Leider sind diese Ziele oft konkurrierend, das heißt „mehr Freiheit“ gibt es zum Beispiel nur auf Kosten von „weniger Sicherheit“. Daher wird die Frage, welches Gewicht der Freiheit zukommen soll und welches der Gerechtigkeit oder der Sicherheit, von vielen Menschen oft sehr unterschiedlich beantwortet werden. Leider gibt es auf diese Frage keine „neutrale wissenschaftliche“ Antwort. Im Endeffekt gilt: Entweder empfindet die Gesellschaft das Ausmaß der jeweils erreichten Ziele als „angemessen“ oder die (demokratische) Gesellschaft ist unzufrieden und wählt ein anderes Parlament und eine andere Regierung.

Aber selbst das Ziel „wirtschaftlicher Wohlstand“ stellt noch eine sehr komplexe Größe dar, bestehend aus: ökonomisches Wachstum, geringe Arbeitslosigkeit, Preisniveaustabilität, gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, um nur einige Aspekte zu nennen. Und auch hier taucht wieder das Problem auf, dass die Komponenten oft konkurrierend sind. Vielleicht sind einige Menschen der Auffassung, dass der „hohen Beschäftigung“ eine herausragende Bedeutung zukomme, selbst wenn dann das Preisniveau nicht stabil gehalten werden kann.

Auch für diese ökonomische Ebene gilt, dass selbst der Fachmann Ökonom keine letzten Bewertungen liefern kann. Er kann aber die unterschiedlichen Ordnungssysteme und die in ihnen ablaufenden Prozesse untersuchen und die jeweiligen Ergebnisse vergleichend gegenüberstellen. In der gesellschaftlichen Bewertung mag dann ein überzeugter

Kommunist jene Lösung für die beste halten, in der ein hohes Maß an Gleichheit erreicht ist, selbst wenn das Durchschnittseinkommen nur gering ist. Andere mögen Mechanismen vorziehen, in denen die besondere individuelle Leistung oder besondere Talente belohnt werden.

Der Kernpunkt des deutschen Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“ liegt in der marktwirtschaftlichen Komponente. Diese betont die persönliche und wirtschaftliche Freiheit und sorgt durch den ihr immanenten Leistungsgedanken und Wettbewerb gleichzeitig für ein möglichst großes Sozialprodukt. Allerdings haben selbst liberale Ökonomen in der Regel kein Problem damit zuzugeben, dass durch ein Marktsystem nicht alle wirtschaftlichen Aufgabenstellungen gesellschaftlich zufriedenstellend gelöst werden können. Als Beispiele seien genannt die Landesverteidigung-, ökonomische Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, Bildung, Verkehrs- und Versorgungsnetze, Immissionsschutz, Konjunktursteuerung und Preisniveaustabilität. Hier setzt ergänzend die soziale Komponente der „sozialen Marktwirtschaft“ an.

Die „soziale Marktwirtschaft“ ist bekanntermaßen nicht die einzig denkbare und einzig praktizierte Wirtschaftsordnung. Man denke in diesem Zusammenhang an die Kriegswirtschaft zwischen 1939 und 1945 oder an das „planwirtschaftliche System“ der ehemaligen DDR, der ehemaligen Sowjetunion. Gerade die Geschichte der DDR zeigt eindrucksvoll, wohin zum Exzess getriebene staatliche Eingriffe in wirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Hinsicht führen.

3. Grundlegende Zusammenhänge

Im Folgenden stehen die Probleme des Arbeitsmarkts im Vordergrund. Das ist beim gewählten Thema verständlich. Andererseits muss einschränkend gesagt werden, dass die Betrachtung nur eines Teilaspekts der Wirtschaft oft zu unzureichenden Ergebnissen führt. Andererseits liefert auch die alleinige Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt wichtige Erkenntnisse zum Beispiel über die Wirkungen von staatlichen Eingriffen – auch wenn sie wegen der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens (alle wirtschaftlichen Aktivitäten hängen miteinander zusammen) in der Realität unter Umständen nicht unverfälscht zu beobachten sind.

Die Erstellung von Gütern (Sachgüter wie Autos, Kühlschränke) und Dienstleistungen (Bankgeschäfte, Reiseberatung) erfordert immer den Einsatz sogenannter Produktionsfaktoren. Um nicht mit zu vielen Faktoren zu arbeiten, unterscheiden Ökonomen nur zwischen Arbeit, Vorleistungen, Kapital und technisch-organisatorischem Wissen.

Unter dem Faktor Arbeit wird die Leistung der Geschäftsführung, die des Angestellten im Büro, des Arbeiters an der Werkbank und aller anderen Hilfskräfte zusammengefasst. Das gezahlte Entgelt wird als Lohn bezeichnet. Lohn stellt die Kosten der Arbeit dar.

Vorleistungen sind alle Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie und alle Zwischenprodukte. So sind zum Beispiel Reifen von Dunlop ein Vorprodukt für den VW-Golf. Der

Preis, der von VW an Dunlop gezahlt wird, geht in den Preis ein, den der Verbraucher für den Golf zahlt.

Alle Vorleistungen dürfen also bei der Ermittlung der Wirtschaftsleistung einer Periode nicht in die Rechnung aufgenommen werden, da sonst Doppelzählungen erfolgen.

Kapital oder Kapitalgüter sind Maschinen, Werkzeuge, Transporteinrichtungen, Gebäude, und der Einfachheit halber werden auch Grundstücke einschließlich der natürlichen Rohstoffe dazu gerechnet. Die Entlohnung des Faktors Kapital wird als Zins (für die Nutzung von Kapitalgütern) und Grundrente (für die Nutzung von Boden) bezeichnet. Sie stellen die Kosten des Faktors Kapital dar.

Das technisch-organisatorische Wissen ist im Faktor Arbeit und im Faktor Kapital enthalten. Es wird auch darüber entlohnt.

Im Ergebnis ist es für viele gesamtwirtschaftliche Fragestellungen zulässig, nur noch zwei Produktionsfaktoren, nämlich Arbeit und Kapital, zu betrachten. Die Anteile dieser beiden Faktoren an der gesamtwirtschaftlichen Leistung, dem Nettoinlandsprodukt (NIP), sind die Lohnquote (Faktor Arbeit) und die Kapitalquote (Anteil Kapital einschl. Boden). Die Lohnquote ist mit ca. 70 % deutlich größer als die Kapitalquote mit den restlichen 30 %. Der Lohn (als Entgelt für abhängige Arbeit, zu der auch das Gehalt eines Geschäftsführers zählt) ist somit der wichtigste volkswirtschaftliche Kostenfaktor und gleichzeitig die wichtigste Einkommensquelle für die meisten Menschen.

4. Märkte und ihre Funktionen

Für Ökonomen sind alle wirtschaftlichen Beziehungen zweiseitig und lassen sich deshalb als Märkte verstehen. Märkte sind immer durch die beiden Seiten Angebot und Nachfrage gekennzeichnet. Das Angebot fasst alle Anbieter eines bestimmten Gutes (Sachgut oder Leistung) zusammen. Auf der Nachfrageseite agieren alle diejenigen Wirtschaftssubjekte, die dieses Gut haben bzw. nutzen wollen. Da es eine kaum übersehbare Zahl von wirtschaftlichen Beziehungen gibt, ist im Grunde jedes Wirtschaftssubjekt auf sehr vielen Märkten aktiv und zwar sowohl als Anbieter als auch als Nachfrager. So bietet ein Industriearbeiter seine Leistung auf dem Arbeitsmarkt an, agiert auf dem Wohnungsmarkt oder dem Automarkt aber als Nachfrager.

In der Realität gibt es sehr viele unterschiedliche Formen, in denen Angebot und Nachfrage einander gegenüber treten. Diese jeweiligen Marktformen bestimmen entscheidend das Marktergebnis, nämlich die Höhe des Preises sowie die Menge der ausgetauschten Güter. Wichtige und bekannte Marktformen sind z.B. das zweiseitige Monopol (nur ein Anbieter und ein Nachfrager), das Angebotsmonopol (ein Anbieter und viele Nachfrager - z.B. regionale Energieanbieter) oder das Polypol (viele Anbieter und viele Nachfrager - z. B. Tourismus, Obst- und Gemüsemärkte). In der Realität finden sich auch viele Oligopole (wenige Anbieter und viele Nachfrager - z.B. Internetsuchmaschinen, Waschmaschinen).

Die meisten in der Wirklichkeit anzutreffenden Märkte lassen sich oft nicht einfach den

reinen Formen der ökonomischen Theorie zuordnen. Zur Beurteilung einer konkreten Situation sind die reinen Formen gleichwohl ein sehr gutes Hilfsmittel. Auch der Markt für Arbeitsleistungen ist in der Realität keineswegs ein einfaches, einheitliches Gebilde. Dennoch sind für die Beurteilung der konkreten Situation oft das zweiseitige Monopol (auf der Angebotsseite die Gewerkschaften, auf der Nachfrageseite die Arbeitgeberverbände) oder auch das Polypol (viele nicht organisierte Arbeitnehmer als Anbieter und zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen als Nachfrager) geeignete Modelle. Die Theorie der Oligopole lässt sich durchaus auf den Markt für oberste Führungskräfte gut anwenden.

Das Polypol ist in der Realität keineswegs die vorherrschende Marktform; gleichwohl spielt es in der ökonomischen Theorie, vor allem als Vergleichsmaßstab, eine herausragende Rolle. Das Marktergebnis (Preis und ausgetauschte Menge) unter den (hier nicht im Detail genannten) Bedingungen dieser Marktform gilt als „allokativ effizient“. Darunter versteht man:

- Es besteht eine volkswirtschaftliche „Ausgewogenheit“ zwischen den von den Anbietern insgesamt erzielten Gewinnen und den von den Nachfragern insgesamt durch den Erwerb der Güter erzielten Nutzen.
- Bei den Anbietern kommen nur die billigsten zum Zuge. Bei den Nachfragern werden die bedient, die dem jeweiligen Gut die höchste Nutzenschätzung (bewertet in Geldeinheiten) zuweisen.
- Die größtmögliche Menge an Gütern wird zwischen den Marktpartnern ausgetauscht.

Monopolistische Märkte führen demgegenüber zu einer geringeren Markteffizienz. Schließen sich z. B. die Anbieter, die bisher in einem Polypol untereinander in Wettbewerbsstand, zu einem Kartell zusammen (aus dem Polypol wird ein Angebotsmonopol), dann wird unter sonst gleichen Bedingungen im Vergleich zum bisherigen Polypol der Marktpreis höher sein, die gehandelte Menge dagegen geringer. Die Anbieter insgesamt werden mehr Gewinn erzielen und die Nachfrager insgesamt einen geringeren Nutzen.

Nicht eindeutig theoretisch vorhersagbar ist das Marktergebnis für den Fall des zweiseitigen Monopols. Hier spielt die jeweilige Marktmacht eine wichtige Rolle (eine starke Gewerkschaft und schwacher Arbeitgeberverband werden voraussichtlich einen höheren Lohn vereinbaren als im umgekehrten Fall). Dass in einer solchen Marktform ein „effizientes Marktergebnis“ zustande kommt, wäre purer Zufall.

Der sich in einem „effizienten Markt“ bildende Marktpreis wird als „marktgerechter Preis“ bezeichnet. Ein marktgerechter Preis muss allerdings in der Vorstellung der Gesellschaft nicht ein in höherem Sinne „gerechter Preis“ sein. Ein effizienter Milch-Markt kann durchaus zu einem so hohen marktgerechten Milch-Preis führen, dass sich die arme Familie kaum einen Liter Milch für ihr Kleinkind leisten kann, während die reiche Familie die Milch an Katzen verfüttert. Ebenso kann ein effizienter Teilarbeitsmarkt für bestimmte Arbeitsleistungen (z.B. einfache, ungelernete Arbeiten) zu einem so niedrigen marktgerechten Lohn führen, dass davon nach den Wertvorstellungen der Gesellschaft niemand anständig leben kann.

In solchen Fällen wird von sehr vielen Menschen ein staatlicher Eingriff in die Bildung des freien, marktgerechten Preises gefordert: Senkung des „zu hohen“ Milchpreises durch eine Höchstpreis-Verordnung bzw. Anhebung der „zu niedrigen“ Löhne durch eine Mindestlohn-Verordnung. Die meisten Ökonomen halten, auch wenn sie selbst die

Milchpreise für zu hoch bzw. die Löhne für zu niedrig halten, diese Form des Eingriffs, nämlich die Marktkräfte einzuschränken oder gar völlig außer Kraft zu setzen, für verfehlt. Sie plädieren vielmehr dafür, dass nach einer Form der Unterstützung für die Schwachen gesucht werden soll, die den Betroffenen hilft und deren gesamtwirtschaftliche Auswirkung deutlich weniger negativ ist als bei direkten Eingriffen in das Marktgeschehen.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Arbeitsmarkt ein besonderer Markt?

Im Folgenden wird regelmäßig von „dem“ Arbeitsmarkt gesprochen. In gewisser Weise handelt es sich dabei um eine Fiktion – oder anders formuliert: um ein Modell. Modelle berücksichtigen nur einen Teil der in der Realität auftretenden Aspekte. Modelle werden daher immer im Hinblick auf bestimmte Fragestellungen konzipiert und sind folglich nicht in der Lage, alle Aspekte zu behandeln. So wird bei den folgenden Betrachtungen nicht berücksichtigt, dass ein beachtlicher Teil der deutschen Arbeitsmarktproblematik in der „strukturellen Komponente“ liegt. Darunter versteht man vorrangig, dass angebotene und nachgefragte Arbeitsleistungen nicht zueinander passen. Dieses „Nicht-Zueinander-Passen“ kann in vielen Formen auftreten:

- Arbeitsangebot und –nachfrage klaffen regional auseinander (Arbeitsangebot in Mecklenburg, aber dort keine Nachfrage);
- falsche bzw. nicht mehr gefragte Qualifikation (Bergarbeiter werden nicht gebraucht, Metallfacharbeiter oder Elektroingenieure werden gesucht);
- hohe berufliche Anforderungen seitens der Nachfrage, geringe Qualifikation bei den Anbietern.
- den Wettbewerb behindernde gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen;
- den Leistungswillen lähmende Maßnahmen (kein Anlass Arbeit aufzunehmen);
- die Anpassung an neue wirtschaftliche Gegebenheiten erschwerende gesetzliche Vorgaben.

Unter Beachtung dieser Einschränkungen gilt aber, dass sich bestimmte fundamentale Zusammenhänge auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die grundsätzliche Bestimmung von Lohnhöhe und Beschäftigungsumfang, sehr wohl durch ein einfaches Modell erläutern lassen. Dieses Modell unterstellt, dass der Arbeitsmarkt durch ein Polypol (sehr viele nicht organisierte Arbeiter als Anbieter und sehr viele nicht zusammengeschlossene Unternehmen als Nachfrager) angemessen beschrieben werden kann. Das gehandelte Gut ist eine „einheitliche durchschnittliche Arbeitsleistung pro Zeiteinheit (Stunde)“. Die Arbeitnehmer treten als Anbieter von Arbeit auf; die Unternehmen fragen Arbeit nach.

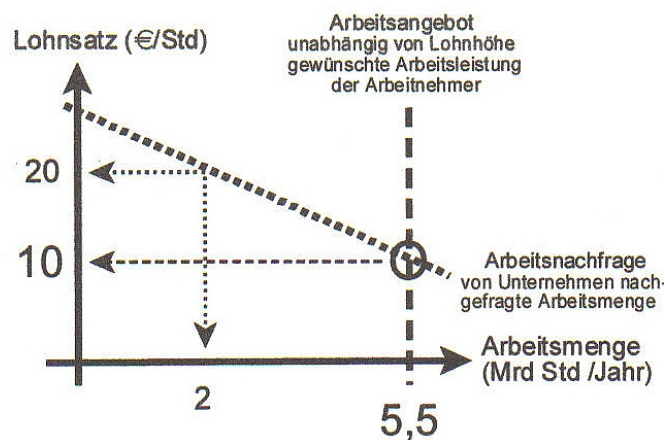
Grundsätzlich gilt, dass die Mechanismen auf dem Arbeitsmarkt genau dieselben sind wie auf allen anderen Märkten. Gleichwohl gibt es zu beachtende Besonderheiten: Wenn einer Person Bienenwaxkerzen oder ein Rinderfilet zu teuer sind, kann sie - ohne dass in der Regel wirklich ernsthafte Probleme auftreten - auf den Kauf solcher Güter verzichten. Wenn der Lohn als Preis für Arbeit zu niedrig ist, um den gewünschten Lebensstandard zu

gewährleisten, kann man normalerweise nicht einfach die Arbeitsaufnahme unterlassen, denn der Lohn ist für den Arbeitnehmer oft die einzige Einkommensquelle. Andererseits ist der Lohn für den Arbeitgeber sehr häufig der herausragende Kostenfaktor. Es kann also sein, dass ein marktgerechter Lohn einerseits zu niedrig ist, um den gesellschaftlich bestimmten geringsten Lebensstandard des Arbeitnehmers zu sichern, andererseits aber gleichzeitig zumindest für einige Unternehmen zu hoch ist, um deren Fortbestand zu erlauben.

5.2 Die Arbeitsnachfrage

Befassen wir uns zunächst etwas genauer mit dem Verlauf der Kurve, die die Nachfrage nach Arbeit darstellt (vgl. Abbildung 1). Der von links oben nach rechts unten führende Verlauf der Nachfrage nach Arbeitsleistungen bedarf der Erklärung. Zunächst stellt der dargestellte Kurvenverlauf nur die einfache Tatsache grafisch dar, dass bei hohem Stundenlohn (z.B. 20 € je Stunde) nur wenige (2 Mrd.) Arbeitsstunden, bei niedrigerem Stundenlohn (z.B. 10 € je Stunde) aber 5 Mrd. Arbeitsstunden nachgefragt, d.h. von den Unternehmen im Produktionsprozess eingesetzt werden. Das liegt daran, dass nicht jede Arbeitsleistung gleich begehrt ist. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind in der Lage, Güter oder Dienstleistungen zu erzeugen, die am Markt gesucht sind und einen hohen Preis erzielen. Entsprechend hohe Löhne können gezahlt werden. Werden allerdings immer weniger qualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt, so können in der Regel auch nur Produkte erstellt werden, die nur zu geringen Preisen einen Abnehmer finden. Entsprechend lassen sich auch nur geringere Löhne zahlen. Diese Aussagen mögen dem einen oder anderen nicht gefallen. Das ändert aber nichts daran, dass sie richtig sind. Und jeder kann das an seinem eigenen Verhalten überprüfen. Wir beschäftigen gerne Hilfskräfte zum Mähen des Rasens oder zur Renovierung der Wohnung. Nur zu teuer dürfen die Hilfen nicht sein. Denn sonst übernehmen

Abbildung 1 : Einfaches Arbeitsmarktmodell



wir die Arbeit selbst, verschieben die Renovierung oder lassen uns außerhalb der Legalität und schwarz das eine oder andere ausreichend billig erledigen. Und ein Unternehmer kann und wird nicht anders handeln. Der Unternehmer kann seiner Mitarbeiterin oder seinem Mitarbeiter nicht 10,00 € die Stunde zahlen und zusätzlich 6,00 € Nebenkosten aufbringen, wenn die von diesen Angestellten erbrachte Leistung am Markt nur einen Wert von 12,00 oder gar nur 9,00 € hat.

Ein weiterer Aspekt ist zu beachten. Zunehmender Einsatz von Arbeitskräften in der Produktion führt zunächst dazu, dass auf jede Arbeitskraft ein geringerer Teil an Kapitalgütern entfällt. In der Praxis würde das zum Beispiel bedeuten, dass nun nicht mehr ein Dreher zwei Automaten bedient, sondern jeder jeweils nur einen. Der Ausstoß wird aber durch den zweiten Dreher nicht wesentlich steigen, denn vermieden werden maximal Stillstandszeiten bei einem Aggregat, wenn auch gerade das andere die Zuwendung des Arbeiters braucht.

5.3 Das Arbeitsangebot

Das Arbeitsangebot wird hier vereinfachend als „starr“ (also unabhängig von der Lohnhöhe) angenommen. Das entspricht zwar nicht völlig der Realität, erlaubt aber trotzdem die Ableitung einiger allgemeingültiger Zusammenhänge. In diesem Beispiel wollen die Arbeitnehmer insgesamt 5,5 Mrd. Arbeitsstunden pro Jahr anbieten. Die Lohnhöhe spielt für sie dabei keine Rolle.

5.4 Marktgerechter Lohn und Arbeitslosigkeit

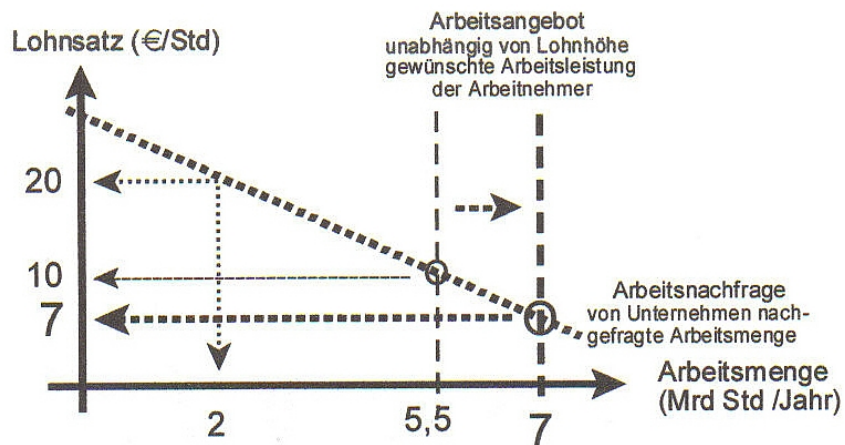
Die Zusammenfügung von Angebot und Nachfrage ist in Abbildung 1 vorgenommen. Die Lohnhöhe, bei der Nachfrage und Angebot übereinstimmen, ergibt sich als Schnittpunkt beider Kurven. Dieser Schnittpunkt zeigt die „markteffiziente“ Lösung: Der effiziente, marktgerechte Lohn beträgt 10 €/Std. (Er kann übrigens auch als der „Leistungslohn“ verstanden werden.) Hier gilt: Alle Arbeitskräfte, die zu diesem Lohnsatz arbeiten wollen, finden Arbeit und alle Unternehmen, die mindestens diesen Stundenlohn zahlen wollen, werden auch die entsprechende Zahl gewünschter Arbeitskräfte einstellen können und einstellen. Es gibt somit keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Zweckmäßigerweise bezeichnet man nämlich eine Person dann als unfreiwillig arbeitslos, wenn sie zum herrschenden Lohnsatz arbeiten will, aber dennoch keine Arbeit findet.

Allerdings könnte – wie oben bereits erwähnt - dieser marktgerechte Lohnsatz zu niedrig sein, um einen gesellschaftlich gewünschten Mindestlebensstandard zu ermöglichen. Umgekehrt kann dieser der marktgerechte Lohnsatz für bestimmte Produktionen aber auch zu hoch sein, um einzelnen Betrieben die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Fertigungen zu ermöglichen.

5.5 Auswirkungen einer Zunahme des Angebots an Arbeitsleistungen

Die Zuwanderung von Arbeitskräften wird von Vielen mit Besorgnis gesehen. Es wird befürchtet, dass die Zuwanderer der heimischen Bevölkerung die Arbeitsplätze wegnehmen. Eine Zuwanderung lässt sich im bisherigen Modell dadurch berücksichtigen, dass das bisherige Arbeitsangebot von 5,5 Mrd. Arbeitsstunden auf zum Beispiel 7 Mrd. Arbeitsstunden ausgeweitet wird. Unter sonst gleichen Bedingungen würde, wie man unschwer an Abbildung 2 erkennen kann, der marktgerechte Lohnsatz nun auf 7 €/Std. sinken, wenn alle Arbeitnehmer, die bei diesem Lohnsatz arbeiten wollen, beschäftigt werden sollen.

Abbildung 2: Zunahme des Arbeitsangebots



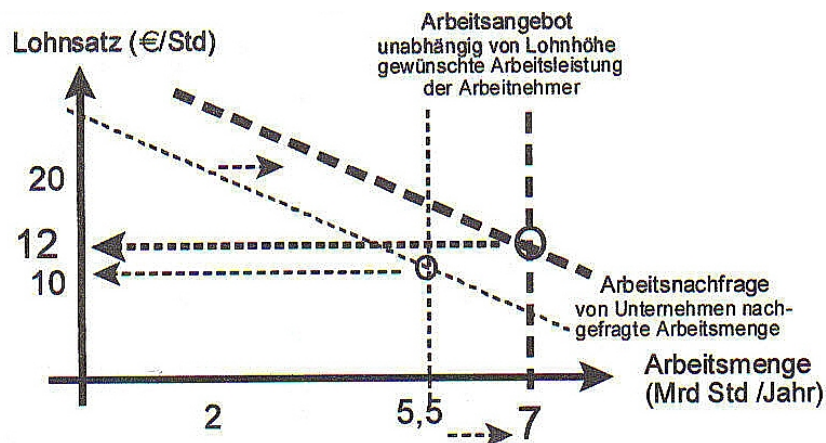
Ganz so einfach ist es aber nicht. Die bisherige Analyse beschränkt sich in Form einer so genannten Partial-Analyse nur auf ein ausgewähltes Detail, nämlich die unmittelbaren Wirkungen am isolierten Arbeitsmarkt. Wie schon vorn betont wurde, muss eine gesamtwirtschaftliche Analyse Rück- und Wechselwirkungen mit den übrigen Bereichen einer Volkswirtschaft (erwähnt seien nur Konsumausgaben, Steuern, Außenhandel) berücksichtigen. So fällt zwar im vorliegenden Beispiel bei sinkendem Lohnsatz auch die Lohnsumme (das Rechteck 07×07 gegenüber $010 \times 05,5$). Das muss aber nicht so sein, sondern hängt nur davon ab, in welchem Bereich der Nachfragekurve nach Arbeitsleistungen der Ausgangspunkt liegt. Sinkende Löhne können außerdem zu vermehrten Exporten und Investitionen führen, was wiederum zu einer Verschiebung der Nachfragekurve nach Arbeitsleistungen nach rechts und damit in der Folge zu höheren Löhnen führen kann. Oder sinkende Löhne führen möglicherweise zu sinkendem Preisniveau. Das bedeutet wiederum, dass die gesunkenen Nominallohne real gar nicht so stark verringert wurden, weil für den gleichen Geldbetrag mehr gekauft werden kann (sinkende Löhne für Spargelstecher und niedrige Preise für Spargelkäufer). Solche Anpassungsvorgänge benötigen allerdings Zeit. Kurzfristig ist also vom vermehrten Angebot an Arbeitsleistungen Druck auf die Lohnsätze zu erwarten. Auf mittelfristige

Sicht sind allerdings die Auswirkungen eines erhöhten Angebotes an Arbeitsleistungen nicht einfach vorherzusagen.

5.6 Einfluss eines Konjunkturanstiegs auf den Arbeitsmarkt

Heutzutage wird immer wieder die Bedeutung der „guten Konjunktur“ für den Arbeitsmarkt betont. Auch dieser Aspekt lässt sich relativ gut selbst mit dem sehr einfachen Arbeitsmarktmodell beleuchten. Eine gute konjunkturelle Lage führt dazu, dass die nun optimistischen Unternehmen ihre Produktion ausdehnen und für diese größere Produktion auch mehr Arbeitskräfte benötigen. In der grafischen Analyse (Abbildung 3) bedeutet dies eine Verlagerung der gesamten Arbeitsnachfragekurve nach rechts.

Abbildung 3: Zunahme der Arbeitsnachfrage



Bleibt das Arbeitsangebot konstant, würde allerdings in diesem einfachen Fall nur der Lohnsatz steigen, ohne dass mehr Beschäftigung aufträte. Es ist aber akzeptabel, davon auszugehen, dass im Zuge der konjunkturellen Erholung auch das gesamte (heimische) Arbeitsangebot steigt, da Personen, die sich resignierend vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, nun doch wieder eine Chance sehen. Dann kann also durchaus durch den Primärimpuls „zusätzliche Arbeitsnachfrage“ ein Sekundärimpuls „zusätzliches Angebot“ auftreten. Beides zusammen wird zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen und kann auch – je nach der speziellen Lage – ohne weiteres mit einer Erhöhung des Lohnsatzes einhergehen.

6. Eingriffe am Arbeitsmarkt

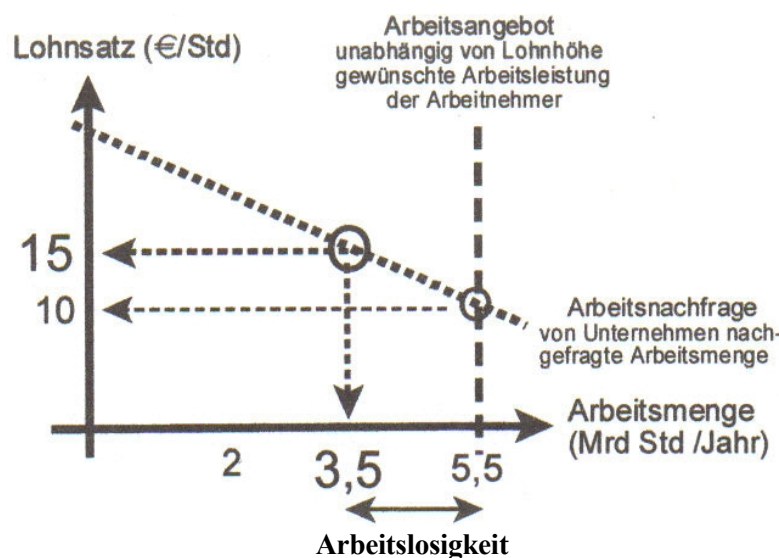
6.1 Einführung eines Mindestlohnes

Der Vorschlag, unfreiwillige Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung zu beseitigen, findet in der Gesellschaft – auch angesichts stetig steigender Preise – kaum Zustimmung. Im Gegenteil, als probates Mittel, den als ungerecht niedrig empfundenen Lebensstandard gerade der gering verdienenden Arbeitnehmer anzuheben, wird ein gesetzlicher Mindestlohn gefordert. Um die Ergebnisse einer solchen Politik zu erkennen, wird das schon früher benutzte sehr einfache Modell trotz seiner Einfachheit dabei gute Dienste leisten.

Wir gehen dazu davon aus, dass die Gesellschaft den bisherigen marktgerechten Lohn von 10 €/Std. für zu niedrig hält und das Parlament deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 €/Std. beschließt. Die Folgen einer solchen Entscheidung können unmittelbar aus der Grafik abgelesen werden. Der Mindestlohn führt zu einem Rückgang der effektiv eingesetzten Arbeitsmenge. Die noch beschäftigten Arbeitnehmer verdienen nun zwar mehr je Stunde, dafür gibt es eine beträchtliche Zahl Arbeitsloser. Muss die geringere Zahl der Beschäftigten nun mehr Steuern und Sozialabgaben abführen, um die neuen Arbeitslosen zu alimentieren, erhöht sich der Nettolohn nicht um die € 5,00, sondern natürlich um deutlich weniger.

Es wird allerdings vorgetragen, dass auf bestimmte Arbeitsleistungen nicht verzichtet werden kann, diese nicht durch Maschinen ersetzt werden könnten oder sich nicht ins Ausland verlagern ließen und damit zumindest in diesen Bereichen Mindestlöhne eine segensreiche Wirkung entfalten könnten. Das kann höchstens kurzfristig gelten. Auf längere Sicht passen sich sogar Haarmoden an gestiegene Preise an, Zähne lässt man sich im Ausland richten und bei der Müllabfuhr packt ein komplizierter Greifer die Tonne und nicht mehr ein zu teurer Müllwerker.

Abbildung 4: Einführung eines Mindestlohnes



Mindestlöhne werden eine weitere Ausdehnung der Schwarzarbeit bewirken. Ein

Mindestlohn bedeutet, dass es Arbeitnehmer gibt, die für ein geringeres Entgelt arbeiten würden. Können sie es nicht legal, werden sie es illegal tun (dass durch die EU überflüssig gewordene Zöllner vermehrt nach Schwarzarbeit fahnden, ist ein Ausdruck für Kontrollen, die bei einem funktionierenden Markt nicht sein müssten).

Die durch den Mindestlohn gesunkene Zahl der Beschäftigten führt natürlich auch zu einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnis, das heißt die Zahl der insgesamt erzeugten Güter und Dienstleistungen ist geringer, als sie bei Vollbeschäftigung sein könnte. Mindestlöhne bedeuten also immer auch einen gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlust.

Man kann dem entgegen halten, dass in anderen Ländern schon lange Mindestlöhne existieren und in einzelnen Ländern sogar nur geringe Arbeitslosigkeit herrscht. Aber dann ist zu prüfen, ob der bestehende gesetzliche Mindestlohn tatsächlich auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Mindestlohn ist. Werden sowieso höhere Löhne als der geringe Mindestlohn gezahlt, ist dieses Instrument ökonomisch irrelevant. Zu bedenken ist auch, dass die Bedingungen auf den Arbeitsmärkten in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind. Will man Mindestlöhne wie zum Beispiel in Dänemark, müsste man auch 14-tägige Kündigungsfristen akzeptieren.

6.2 Senkung der Arbeitszeit zum Abbau von Arbeitslosigkeit

Als ein probates Mittel, die Arbeitslosigkeit zu senken, gilt in weiten Kreisen die Arbeitszeitverkürzung. Der als Begründung dienende Gedankengang erscheint zwingend logisch und zudem frappierend einfach zu sein. Der Wert der gesamten Produktion eines Jahres (der gesamtwirtschaftliche „Kuchen“) ergibt sich schließlich definitorisch ganz einfach als mathematisches Produkt aus (a) der Stundenproduktivität (Leistung eines Beschäftigten pro Stunde), (b) den Arbeitsstunden eines Beschäftigten je Jahr und (c) der Anzahl der Beschäftigten. Bei gleich bleibender Produktivität braucht man demnach nur die Arbeitsstunden je Beschäftigten zu senken und als Ausgleich mehr Arbeitskräfte einzustellen, um das gleiche Produktionsergebnis zu erhalten.

Dagegen spricht unter anderem, dass unter den genannten Voraussetzungen die Beschäftigung von mehr Personen nicht kostenneutral sein wird. So müsste z.B. zumindest die Personalverwaltung bei mehr Beschäftigten ausgeweitet werden. Und nicht übersehen werden darf, dass diese Rechnung ohnehin nur aufgeht, wenn die bisher Beschäftigten auf Teile ihres Lohnes verzichten, damit die zusätzlich eingestellten Arbeitnehmer entlohnt werden können. Der Kardinalfehler dieser „Kuchentheorie“ ist jedoch, dass davon ausgegangen wird, dass der „Kuchen“ (das Bruttoinlandsprodukt) eine feste, von außerhalb der Wirtschaft bestimmte Größe sei. Die Größe des „Kuchens“ ist jedoch selbst abhängig von zahlreichen wirtschaftlichen Faktoren (die Lohnhöhe ist nur einer davon und nicht immer der wichtigste), insofern ein Ergebnis von vielfältigen und komplexen Wechselwirkungen. Das geht bei der simplen „Kuchentheorie“ völlig unter.

6.3 Lohnerhöhung zur Nachfragebelebung?

„Der Wirtschaftskreislauf zeigt es: Löhne sind die entscheidende Komponente für die Konsumnachfrage. Also muss man die Löhne erhöhen, damit die gestiegene Nachfrage nach Konsumgütern deren Produktion anreizt, was wiederum die Arbeitsnachfrage anregen wird, zudem die Investitionen steigen lässt und weitere Arbeitsplätze schafft.“ Das ist eine oft zu hörende Argumentationskette, insbesondere von Gewerkschaftsseite. Leider gibt es Gründe, die gegen diesen Weg sprechen. Ein wichtiges Argument ist, dass zeitliche Verzögerungen auftreten. In einzelnen Konsumgüterbereichen mag tatsächlich vergleichsweise schnell eine zusätzliche Nachfrage zu bemerken sein. Bei den Investitionsgütern und im Exportgüterbereich wirkt eine Lohnerhöhung zunächst nur als Kostensteigerung. Diese lässt in diesen Bereichen die Gewinnerwartungen sinken und das hat wiederum negative Auswirkungen auf die Beschäftigung. Ein zweites wichtiges Argument ist, dass die Nachfrageerhöhung immer geringer ausfällt als die Lohnerhöhung. Das liegt an den auf den Lohn erhobenen Steuern und Sozialabgaben, dem Konsum von importierten Gütern und schließlich daran, dass in der Regel von jedem zusätzlichen Einkommen auch ein bestimmter Betrag nicht konsumiert, sondern gespart wird (in einer Beispielrechnung lässt sich zeigen: von einer Lohnerhöhung von brutto € 100,00 für den allein verdienenden Arbeitnehmer mit zwei Kindern – die für den Arbeitgeber wegen seiner Beiträge zu den Sozialversicherungen zusätzliche Kosten von € 121,20 bedeuten – verbleiben für zusätzlichen Konsum im Inland nur € 34,30)

Diese Ausführungen dürfen nicht missverstanden werden. Sie stellen kein grundsätzliches Plädoyer gegen Lohnerhöhungen dar. Sie sollen nur darauf aufmerksam machen, dass diese Art des vorne postulierten einfachen Ablaufs kaum haltbar ist.

7. Lösungsansätze

Die bisherigen Überlegungen können den Eindruck erwecken, dass wir dazu verdammt sind, die bestehende Situation hinzunehmen. Es scheint fast so, dass nichts getan werden könne, um die unerträgliche Situation zu verbessern? Nach Überzeugung der Fachstelle können Politik und Tarifparteien etwas ändern .

Prof. Bofinger, einer der so genannten Wirtschaftsweisen, dem übrigens eine Nähe zu den Gewerkschaften nachgesagt wird, schlägt vor, im Fall geringer Löhne auf Abgaben zu den Sozialkassen zu verzichten – also Brutto für Netto auszuzahlen. Die Arbeitnehmer erhielten rd. 34 % mehr auf ihrem Konto. Für einen großen Teil der in untersten Lohngruppen Beschäftigten wäre das eine große Hilfe. Und wenn dieser Gedanke weiter entwickelt wird, gelangt man zur Idee der negativen Einkommenssteuer. Das bedeutet, dass alle, die weniger als das gesellschaftlich akzeptierte Minimum verdienen, keine Steuern oder Abgaben zahlen, sondern eine Ausgleichszahlung erhalten, die ihr Einkommen auf das gesellschaftlich gewünschte Maß anhebt. (Hartz IV beinhaltet Ansätze)

Der gesamtwirtschaftliche Vorteil einer solchen Politik liegt übrigens auf der Hand. Sie hilft direkt und schnell all denen, die bereit sind zu arbeiten. Und was vielleicht noch wichtiger ist, eine solche Politik führt nicht zu einer Verfälschung des Verhältnisses der Preise von Arbeitskraft und Kapitalgütern. Die Arbeitgeber werden keinen zusätzlichen Anreizen ausgesetzt, Arbeitsplätze einzusparen, ins Ausland zu verlagern oder durch Maschinen zu ersetzen. Fast alle Ökonomen sehen allerdings auch die Gefahr, dass solche Regelungen die Unternehmen dazu stimulieren können, die zu zahlenden Löhne mit dem Hinweis auf staatliche Ausgleichsleistungen zu senken. Mittels einer geeigneten Ausgestaltung dieser Leistungen glaubt man aber diese Gefahr ausschalten zu können. Für begehrte hoch qualifizierte Arbeitskräfte besteht sie sowieso nicht, da die Unternehmen um diese Arbeitnehmer konkurrieren und Lohnsätze akzeptieren müssen, die weit über den Sätzen liegen, die gering Qualifizierte einschließlich der Ausgleichsleistungen erzielen können.

Damit ist der große Bereich der Qualifikation der Arbeitskraft angesprochen. Alle können es lesen, alle wissen es, dass von Arbeitslosigkeit und kümmerlichen Löhnen vornehmlich die unqualifizierten Arbeitskräfte betroffen sind. Betriebe, die anspruchsvolle Produkte erstellen, sind gut beschäftigt, exportieren und zahlen zum Teil sogar übertarifliche Löhne. Daraus folgt unmittelbar, dass der Bildung und der Ausbildung der gesamten Bevölkerung erste Priorität zugeordnet werden muss. Gut ausgebildete Beschäftigte können einen großen Beitrag bei der Erstellung eines vom Markt gefragten und hoch bezahlten Produktes leisten. Sie sind gefragt und können hohe Löhne erhalten.

Es muss also dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Kinder von klein auf gefördert werden, soziale Kompetenz erwerben und lernen, wie man Wissen erlangt. Deutschland kann sich nicht eine große Zahl junger Menschen leisten, die keinerlei Schulabschluss erreichen und von Handwerk und Industrie als nicht ausbildungsfähig angesehen werden. Deutschland hat im europäischen Vergleich immer noch zu wenig Abiturienten und zu wenig Studenten. Um das zu ändern, werden viel mehr Krippen und Kindergärten benötigt mit mehr und besser ausgebildeten Fachkräften, Ganztagschulen mit kleinen Klassen, besser ausgestattete Hochschulen und vielerlei mehr.

Das alles ist natürlich nicht umsonst zu haben. In erster Linie bedeutet es, umzudenken und sich neuen Ideen und Lösungsansätzen nicht zu verschließen. Das ist schwieriger als man denkt. Niemand gibt gerne lieb gewordene Positionen auf oder verwirft eine Ideologie, der er jahrelang gefolgt ist. Und es kostet viel Geld. Erfolgreiche Länder geben um die 7% ihres Bruttoinlandsproduktes für Bildung aus. Die Bundesrepublik glaubt, mit 3,5% auskommen zu können. Die Folgen können wir seit Jahren sehen und erleben.

Die Probleme „Arbeitslosigkeit und zu geringe Entlohnung“ können in beträchtlichem Ausmaß reduziert werden. Sie erfordern aber nicht nur den Einsatz umfangreicher finanzieller Mittel, sondern auch den Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme und des Erziehungs- und Ausbildungswesens. Die Aufgaben sind groß und sicher nicht einfach zu bewältigen. Die Anstrengungen würden sich lohnen.

Die Stellungnahme wurde unter Mitwirkung von Prof. Dr. K. Rittenbruch erarbeitet.

